

Öffentliches Recht in der Fallbearbeitung

Grundfallsystematik, Methodik, Fehlerquellen

Bearbeitet von
Begründet von Prof. Dr. Gunther Schwerdtfeger, Fortgeführt und neu bearbeitet von PD Dr. Angela
Schwerdtfeger

15. Auflage 2018. Buch. Rund 400 S. Kartoniert
ISBN 978 3 406 71892 2
Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Öffentliches Recht > Verwaltungsrecht](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Schriftenreihe
der Juristischen Schulung
Band 5


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Öffentliches Recht in der Fallbearbeitung

Grundfallsystematik, Methodik, Fehlerquellen

Begründet von

Dr. Gunther Schwerdtfeger

em. o. Professor der Universität Hannover

Seit der 14. Auflage fortgeführt von

Dr. Angela Schwerdtfeger

Privatdozentin an der Humboldt-Universität zu Berlin

15., neu bearbeitete Auflage 2018
beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG





beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 71892 2

© 2018 Verlag C.H.Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Druckhaus Nomos Verlagsgesellschaft

In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz und Umschlaggestaltung: Druckerei C.H.Beck Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 15. Auflage

Die Neuauflage bringt den Rechtsstoff, seine Strukturierungen und die Rechtsprechungsanalysen auf den Stand vom Februar 2018. Überarbeitung, Aktualisierung und Schwerpunktsetzung orientieren sich weiterhin an dem Ziel einer problemorientierten Aufbereitung der für den Pflichtfachbereich prüfungsrelevanten Materien des Öffentlichen Rechts über die Grundfallsystematik. Die umfangreichsten Überarbeitungen erfolgten im Bereich der Grundrechtsprüfung (6. Teil) und des Rechts der politischen Parteien (8. Teil). Umgeschrieben wurden außerdem die materiellen Voraussetzungen eines Verwaltungsakts (Rn. 76 ff.). Ein besonderes Augenmerk galt auch den grundlegenden Fragen der Fallbearbeitung (1. Teil).

Meinem Onkel, Prof. Dr. *Gunther Schwerdtfeger*, bin ich sehr dankbar dafür, dass er mir die eigenverantwortliche Fortführung seines Werkes anvertraut hat, mit dem ich mich selbst schon erfolgreich auf meine Staatsexamina vorbereitet hatte. Ich freue mich, wenn der „Schwerdtfeger“ den Leserinnen und Lesern auch weiterhin das Öffentliche Recht in der Fallbearbeitung nahebringt, indem er sich in seiner Konzeption von herkömmlichen Lehrbüchern und Skripten unterscheidet. Der rege Austausch mit den Studentinnen und Studenten im Rahmen meiner universitären Lehre trägt wesentlich dazu bei, das Werk an den Bedürfnissen des Adressatenkreises ausrichten zu können. Ebenso ist mir jeder Hinweis, jede Anregung und Kritik der Leserschaft unter *angela.schwerdtfeger@rewi.hu-berlin.de* willkommen, um dieses Buch auch zukünftig bestmöglich an Ihren Bedürfnissen auszurichten.

Für die Unterstützung bei der Aktualisierung der Literaturnachweise danke ich dem studentischen Team des Lehrstuhls für Öffentliches Recht und Europarecht der Humboldt-Universität zu Berlin, Frau *Friederike Grischek*, Frau *Louise Majetschak* und Herrn *Moritz Schramm*. Herrn Prof. Dr. *Matthias Ruffert* bin ich dankbar für die weitere „Beheimatung“ an seinem Lehrstuhl während meiner ersten Vertretungsprofessur. Auf Seiten des Beck-Verlages danke ich besonders Frau *Ingrid Boumessid* für die ausgesprochen freundliche und konstruktive Zusammenarbeit.

Berlin, im Februar 2018

Angela Schwerdtfeger

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur 14. Auflage

Mit der 14. Auflage geht die Verantwortung für den „Schwerdtfeger“ in die zweite Generation über. Seinen Anfang nahm dieses Buch in der Aufsatzreihe „Die öffentlichrechtliche Klausur“ (ab JuS 1969, 472), die mein Onkel *Gunther Schwerdtfeger* noch als wissenschaftlicher Assistent verfasste. Ihm waren damit zum einen die sich während des Studiums des öffentlichen Rechts stellenden einzelnen Schwierigkeiten noch in konkreter Erinnerung; zum anderen hatte er durch die Korrekturtätigkeit am Lehrstuhl einen umfassenden Eindruck von den Problemen der Studierenden bei der Fallbearbeitung. Mit der vor diesem Hintergrund entwickelten Grundfallsystematik, der Konzentration auf Dinge, die den Studierenden besondere Schwierigkeiten bereiten, und Hinweisen auf immer wiederkehrende Fehlerquellen war das Buch von Anfang an ein großer Erfolg. Ich hoffe, hieran aus der gleichen persönlichen Ausgangslage heraus sowie mit vergleichbarer Ausbildung und Erfahrung anknüpfen zu können.

Die wesentlichen Strukturen des Buches wurden in der Neuauflage beibehalten. Die folgenden Abschnitte sind umgeschrieben oder neu geschrieben worden: Noch von *Gunther Schwerdtfeger* stammen die Entschädigungsansprüche (§ 20) und die Verfassungsbeschwerde (§ 34); von mir neu bearbeitet wurden das Recht der politischen Parteien (§§ 39, 40, 41), das Recht des Parlaments (§ 43, I.) und das Europäische Unionsrecht im Pflichtfachbereich (§§ 48, 49, 50, 51, 52). Dem Europäischen Unionsrecht gilt entsprechend der zunehmenden Prüfungsrelevanz im Pflichtfachbereich erneut ein besonderes Augenmerk. Der neue 11. Teil ist nicht nur an die Rechtslage seit dem Vertrag von Lissabon angepasst, sondern zudem weiter ausgebaut worden. Darüber hinaus habe ich das gesamte Buch durchgesehen, aktualisiert und auch die Fußnoten von Altem entlastet sowie durch neue Veröffentlichungen einschließlich Fallmaterial ergänzt. Das Buch ist somit durchgehend auf dem Stand vom Mai 2012. Um seine Nutzbarkeit für die Leser weiter zu verbessern, sind außerdem das Sachverzeichnis und die Querverweise vollständig überarbeitet worden.

Die Neuauflage wäre ohne die umfassende Unterstützung meines Habilitationsvaters, Herrn Prof. Dr. *Matthias Ruffert*, nicht zu realisieren gewesen. Ihm danke ich für die großzügige Gewährung der erforderlichen Freiräume an seinem Lehrstuhl sowie seinen vielfältigen fachlichen und menschlichen Rat. Auch die studentischen Hilfskräfte des Lehrstuhls haben mich in engagierter Weise unterstützt, wofür ich allen voran Herrn *Eric Urzowski* sowie Frau *Carolin Damm*, Herrn *Felix Neumann* und Frau *Lisa Brentrup* danken möchte. Für seine zahlreichen wertvollen Anregungen zum unionsrechtlichen Teil gilt Herrn Dr. *Nikolaus Marsch*, D. I. A. P. (ENA), Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, ein besonderes Dankeschön.

Hinweise, Anregungen und Kritik sind mir jederzeit willkommen (angela.schwerdtfeger@uni-jena.de).

Jena, im Mai 2012

Angela Schwerdtfeger

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 15. Auflage	V
Vorwort zur 14. Auflage	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur	XXVII
1. Teil. Hinführungen	1
§ 1. Bestandsaufnahme	1
§ 2. Aufgabenstellung	6
§ 3. Wichtige Einzelaspekte	6
2. Teil. Der Verwaltungsakt im Über-Unterordnungsverhältnis	15
§ 4. Allgemeines	15
§ 5. Der belastende Verwaltungsakt	23
§ 6. Insbesondere: Die „Polizei“-verfügung	43
§ 7. Verwaltungsakte im Verwaltungsvollstreckungsverfahren	52
§ 8. Bußgeld zur Durchsetzung von Normen	56
§ 9. Der Anspruch auf Erlass eines begünstigenden Verwaltungsakts	57
§ 10. Begünstigende Verwaltungsakte mit Nebenbestimmungen	64
§ 11. Rücknahme und Widerruf begünstigender Verwaltungsakte	69
§ 12. Verwaltungsakt und Drittinteresse	73
§ 13. Belastende Rechtsakte im „besonderen Gewaltverhältnis“	85
§ 14. Verwaltungsakte in speziellen Verwaltungsverfahren	89
3. Teil. Ansprüche zwischen Bürger und Staat, besonders im Gleichordnungs- verhältnis	95
§ 15. Vorbemerkungen	95
§ 16. Erfüllungsansprüche	97
§ 17. Ansprüche auf Rückabwicklung einer „Erfüllung“	111
§ 18. Abwehransprüche als Folgenbeseitigungs- oder Unterlassungsansprüche	116
§ 19. Schadensersatzansprüche	120
§ 20. Entschädigungsansprüche	132
4. Teil. Das Recht der öffentlichen Einrichtungen und Sachen	147
§ 21. Allgemeines	147
§ 22. Öffentliche Einrichtungen	147
§ 23. Öffentliche Sachen	151
5. Teil. Die Gültigkeit von Normen	159
§ 24. Prozessuales und typische Falleinkleidungen	159
§ 25. Generell wichtige Einzelaspekte der Normprüfung	162
§ 26. Die wichtigsten Gültigkeitsvoraussetzungen einer Verfassungsänderung	165
§ 27. Die wichtigsten Gültigkeitsvoraussetzungen eines Gesetzes	166
§ 28. Die wichtigsten Gültigkeitsvoraussetzungen einer Rechtsverordnung	171
§ 29. Die wichtigsten Gültigkeitsvoraussetzungen einer Satzung	176

6. Teil. Grundrechtsprüfung	181
§ 30. Allgemeines	181
§ 31. Verstöße gegen Freiheitsgrundrechte (Abwehrfunktion)	185
§ 32. Verstöße gegen Gleichheitsgrundrechte	202
§ 33. Prozessuales zum Grundrechtsschutz	209
§ 34. Grundrechtliche Ansprüche auf Schutz, Teilhabe und staatliche Leistung?	216
§ 35. Besonderheiten bei wichtigen Einzelgrundrechten	221
7. Teil. Streitigkeiten zwischen Privaten mit öffentlichrechtlicher Überlagerung	235
§ 36. Zivilrechtliche Einkleidung	235
§ 37. Sonderproblem „Drittwirkung der Grundrechte“	236
8. Teil. Recht der politischen Parteien	241
§ 38. Verfassungsrechtlicher Grundstatus	241
§ 39. Rechtsstellung der Parteien in ihrem Verhältnis zum Staat	241
§ 40. Streitigkeiten innerhalb politischer Parteien	246
9. Teil. Weitere Fälle aus dem Staatsrecht (insbesondere organisatorischer Bereich) ..	251
§ 41. Allgemeines	251
§ 42. Zusammensetzung und interne Probleme der Staatsgewalten	255
§ 43. Gewaltenteilung und Gewaltverzahnung	269
§ 44. Das Verhältnis von Bund und Ländern	273
10. Teil. Vertragliche Außenbeziehungen von Bund und Ländern	285
§ 45. Staatsrechtliche Voraussetzungen völkerrechtlicher Verträge	285
§ 46. Staatsverträge und Verwaltungsabkommen im Bundesstaat, gemeinsame Länder- einrichtungen	288
11. Teil. Europäisches Unionsrecht im Pflichtfachbereich	293
§ 47. Ausbildungsrelevanz	293
§ 48. Grundsätzliches und Institutionelles	293
§ 49. Entstehung und Ausführung von Unionsrecht	305
§ 50. (Weitere) Rechte der Unionsbürger	312
§ 51. Prozessuales	322
12. Teil. Die kommunalen Gebietskörperschaften	327
§ 52. Allgemeiner Überblick	327
§ 53. Kommunale Selbstverwaltungsgarantie und Gesetzgeber	331
§ 54. Kommunalverfassungsstreitigkeiten	334
§ 55. Aufsichtsprobleme	336
13. Teil. Methodik der Fallbearbeitung	341
§ 56. Allgemeine Hinweise	341
§ 57. Das Erfassen der Aufgabe	342
§ 58. Das Hintasten zur Lösung	346
§ 59. Planung der Darstellung	352
§ 60. Niederschrift	356
Anhang: Formalien einer wissenschaftlichen Arbeit	361
Sachverzeichnis	365

Inhaltsverzeichnis

1. Teil. Hinführungen	1
§ 1. Bestandsaufnahme	1
I. Scheu vor der öffentlichrechtlichen Fallbearbeitung	1
II. Das Anklammern an Schemata	2
1. Schema „Zulässigkeit einer Klage“	2
2. Schema „Begründetheit der Klage“	4
III. Nutzen und Schaden der Schemata	4
§ 2. Aufgabenstellung	6
§ 3. Wichtige Einzelaspekte	6
I. Die Anforderungen nach den Prüfungsordnungen	6
1. Stoffbeschränkungen	6
2. Klausuren und Hausarbeiten	7
3. Fallbearbeitung als praktisch-wissenschaftliche Aufgabe	7
II. Bewertungskriterien	8
III. Fall-Training	8
IV. Präsenze Rechtskenntnisse	9
V. Keine Überbewertung von Streitfragen und Theorien	10
VI. Zur Bedeutung der höchstrichterlichen Rechtsprechung für die Fallbearbeitung	12
VII. Lösungsregeln nicht als Selbstzweck	13
2. Teil. Der Verwaltungsakt im Über-Unterordnungsverhältnis	15
§ 4. Allgemeines	15
I. Arten des Verwaltungsakts	15
1. Einteilung nach dem Inhalt	15
2. Einteilung nach der Wirkung	16
II. Die Funktionen des Verwaltungsakts	16
1. Regelungsfunktion und Bestandskraft	16
2. „Titel“funktion als Grundlage der Verwaltungsvollstreckung	18
III. Vorliegen und Regelungsinhalt eines Verwaltungsakts	19
IV. VA-Begriff	20
§ 5. Der belastende Verwaltungsakt	23
I. Prozessuales	23
II. Rechtmäßigkeitsprüfung	26
1. In Betracht kommende Ermächtigungsgrundlage	27
2. Formelle Rechtmäßigkeit des Verwaltungsakts	28
3. Materielle Voraussetzungen für das Einschreiten	31
4. Fehlerfreie Ermessensausübung auf der Rechtsfolgeseite	36
III. Nichtigkeit des Verwaltungsakts?	42
§ 6. Insbesondere: Die „Polizei“verfügung	43
I. Gefahrenabwehr, Beseitigung von Störungen	43
1. In Betracht kommende Rechtsgrundlage	44
2. Formelle Voraussetzungen der Polizeiverfügung	45

3. Materielle Voraussetzungen der Polizeiverfügung (Generalklausel)	45
4. Rechtsfolgeseite	48
II. Anhang: Polizeiliche Ermittlung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten	51
§ 7. Verwaltungsakte im Verwaltungsvollstreckungsverfahren	52
I. Vollstreckung von Verfügungen	52
1. Hinführungen	52
2. Vollstreckungsvoraussetzungen, Vollstreckungsverfahren, Rechtsschutz	53
3. Grundzusammenhänge	54
II. Sofortiger Vollzug, unmittelbare Ausführung	55
§ 8. Bußgeld zur Durchsetzung von Normen	56
§ 9. Der Anspruch auf Erlass eines begünstigenden Verwaltungsakts	57
I. Materielle rechtliche Fragen	58
1. Erforderlichkeit des Verwaltungsakts?	58
2. Anspruch auf Erlass des Verwaltungsakts?	58
3. Anspruch auf fehlerfreie Ermessensausübung?	61
4. Ermessensreduzierung „auf Null“?	62
II. Prozessuale Fragen	63
§ 10. Begünstigende Verwaltungsakte mit Nebenbestimmungen	64
I. Materielle rechtliche Fragen	64
1. Unterschiedliche Folgen der einzelnen Nebenbestimmungen	65
2. Zulässigkeit von Nebenbestimmungen	65
3. Prinzipielle Wirksamkeit unangefochtener rechtswidriger Nebenbestimmungen	66
4. Inhaltliche Modifizierung durch Umdeutung (§ 47 VwVfG)	67
5. Nichtigkeits Nebenbestimmungen in ihrer Auswirkung auf den Gesamtverwaltungsakt	67
II. Die Abwehr fehlerhafter Nebenbestimmungen	68
§ 11. Rücknahme und Widerruf begünstigender Verwaltungsakte	69
I. Einstieg in die Falllösung	69
II. Widerruf eines rechtmäßig gültigen begünstigenden Verwaltungsakts (§ 49 VwVfG)	70
III. Rücknahme eines rechtswidrigen begünstigenden Verwaltungsakts (§ 48 VwVfG)	71
§ 12. Verwaltungsakt und Drittinteresse	73
I. Subjektives Recht	74
1. Schutznormtheorie (BVerwG)	74
2. Kein Rückgriff auf das Zivilrecht	76
3. Grundrechtlicher Drittschutz?	76
4. Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde	78
II. Anfechtung einer Drittbegünstigung	78
1. Zulässigkeit von Rechtsbehelfen (§ 42 II VwGO)	78
2. Begründetheit des Widerspruchs oder der Klage	80
3. Einstweiliger Rechtsschutz und prozessuale Sonderkonstellationen	81
III. Anspruch auf Drittbelastung	82
1. Materielle rechtliche Fragen	83
2. Verfahrensrechtliches und Prozessuales	84
3. Anhang: Zivilrechtliches Vorgehen	85

§ 13. Belastende Rechtsakte im „besonderen Gewaltverhältnis“	85
I. Klageart	86
II. Subjektives Recht des Betroffenen	87
III. Ermächtigungsgrundlage und Vorbehalt des Gesetzes	88
§ 14. Verwaltungsakte in speziellen Verwaltungsverfahren	89
I. Das förmliche Verwaltungsverfahren	89
II. Das Planfeststellungsverfahren	90
1. „Äußeres“ Verfahren	91
2. Abwägung im „inneren“ Verfahren	91
3. Prozessuales	92
III. „Große“ Genehmigungsverfahren	93
3. Teil. Ansprüche zwischen Bürger und Staat, besonders im Gleichordnungs- verhältnis	95
§ 15. Vorbemerkungen	95
I. Öffentlichrechtliche und (verwaltungs-)privatrechtliche Ansprüche	95
II. Prozessuales	95
III. Öffentlichrechtliche Analogien zum bürgerlichen Recht	96
§ 16. Erfüllungsansprüche	97
I. Rechte und Pflichten unmittelbar aus dem Gesetz	97
II. Erfüllungsansprüche kraft behördlicher Bewilligung (Zusage, „Zusicherung“, Subventionsrecht)	97
III. Erfüllungsansprüche aus Vertrag	100
1. Abgrenzungsprobleme beim Einstieg in die Lösung	100
2. Wirksamkeit eines öffentlichrechtlichen Vertrages	102
3. (Evtl.): Auslegung des Vertrages	106
IV. Ansprüche aus öffentlichrechtlicher Verwahrung	106
V. Ansprüche aus Geschäftsführung ohne Auftrag	108
1. Öffentlichrechtliche oder privatrechtliche GoA?	109
2. Voraussetzungen der (öffentlichrechtlichen) GoA	109
3. Analoge Heranziehung bloß der Rechtsfolgen einer GoA	110
§ 17. Ansprüche auf Rückabwicklung einer „Erfüllung“	111
I. Kodifizierte Bereicherungs- und Erstattungsansprüche	111
1. Rückzahlungsbescheid oder „schlichte“ Rückforderung?	112
2. Rückzahlungsanspruch dem Grunde nach	112
3. Anfechtungschancen bei Aufhebung eines der Leistung zugrunde- liegenden Bescheides?	113
4. Umfang des Rückzahlungsanspruchs	113
II. Der ungeschriebene Erstattungsanspruch	114
III. Folgenbeseitigungsanspruch „klassischer“ Art	115
§ 18. Abwehransprüche als Folgenbeseitigungs- oder Unterlassungsansprüche ...	116
I. Privatrechtliche oder öffentlichrechtliche Rechtsbeziehungen	116
II. Begriffliches, Prozessuales und verfassungsrechtliche Fundierung	117
III. Abwehr als Folgenbeseitigungsanspruch	118
IV. Abwehr als Unterlassungsanspruch	120
§ 19. Schadensersatzansprüche	120
I. Haftung aus Vertragsverletzung	120
1. Zivilrechtlicher Vertrag	120

2. Öffentlichrechtlicher Vertrag	121
3. Culpa in contrahendo im öffentlichen Recht	121
II. Schadensersatz bei der Verletzung sonstiger öffentlichrechtlicher Sonderpflichten	122
III. Deliktshaftung der öffentlichen Hand als Amtshaftung	123
1. Öffentlichrechtliches oder privatrechtliches Handeln?	124
2. Haftungssystem bei öffentlichrechtlichem Tätigwerden	124
3. Haftungssystem bei zivilrechtlichem Tätigwerden	129
4. Amtshaftung bei normativem Unrecht	130
IV. Gefährdungshaftung der öffentlichen Hand, Versagen technischer Einrichtungen	131
§ 20. Entschädigungsansprüche	132
I. Hinführungen	132
1. Wesensunterschied von Schadensersatz und Entschädigung im öffentlichen Recht	132
2. §§ 74, 75 Einl. Pr.ALR als Basis aller Entschädigungsansprüche	133
II. Spezialgesetzlich geregelte Entschädigungsansprüche	133
III. Aufopferungsansprüche bei Eigentumseingriffen	136
1. Grundsätzliches	136
2. Aufopferungsansprüche bei rechtswidrigen enteignungsgleichen Eingriffen originär der Exekutive	138
3. Aufopferungsansprüche bei normativem Unrecht?	141
4. Aufopferungsansprüche bei rechtmäßigen enteignenden Eingriffen	141
IV. Aufopferungsansprüche bei Schäden an nichtvermögenswerten Rechtsgütern	143
V. Plangewährleistungsansprüche?	145
4. Teil. Das Recht der öffentlichen Einrichtungen und Sachen	147
§ 21. Allgemeines	147
§ 22. Öffentliche Einrichtungen	147
I. Anspruch auf Zulassung zur Benutzung	148
1. Anspruchsgrundlage	148
2. Widmungszweck	149
3. Sonderbenutzung	149
II. Grenzen des Zulassungsanspruchs	150
1. Rechtliche Grenzen	150
2. Faktische Grenzen	150
III. Zulassungsakt	150
IV. Prozessuales	151
§ 23. Öffentliche Sachen	151
I. Öffentliche Sachen im Gemeingebrauch	151
1. Das materiellrechtliche Rechtsgeflecht	152
2. Verfahrenstechnische Vereinfachungen	153
3. Anspruch auf eine Erlaubnis?	154
4. „Anliegernutzung“ und „Kommunikativer Verkehr“	154
II. Öffentliche Sachen im Verwaltungsgebrauch, Hausverbot	155
5. Teil. Die Gültigkeit von Normen	159
§ 24. Prozessuales und typische Falleinkleidungen	159
I. Inzidente Normprüfung	159

II. Normenkontrollverfahren kraft subjektiven Rechts	160
1. Gegen Parlamentsgesetze	160
2. Gegen untergesetzliche Normen	160
III. Abstrakte Normenkontrolle	162
IV. Normprüfung aus sonstigen Anlässen	162
§ 25. Generell wichtige Einzelaspekte der Normprüfung	162
I. Bindungswirkung der Entscheidungen des BVerfG	162
II. Rechtsnatur der Norm	163
III. Verfassungskonforme Auslegung	163
IV. Nichtigkeit rechtswidriger Normen (?)	164
§ 26. Die wichtigsten Gültigkeitsvoraussetzungen einer Verfassungsänderung ...	165
I. Verfahren und Form der Verfassungsänderung	165
II. Änderungsfestes Minimum	165
§ 27. Die wichtigsten Gültigkeitsvoraussetzungen eines Gesetzes	166
I. Verbandsmäßige Kompetenz des Gesetzgebers (Art. 70 ff. GG)	166
II. Gesetzgebungsverfahren für Bundesgesetze (Art. 76 ff. GG)	166
III. Bestimmtheitsgebot	168
IV. Inhaltliche Vereinbarkeit des Gesetzes mit höherrangigem Recht	168
V. Sonderaspekte	169
1. Rückwirkung von Gesetzen	169
2. Art. 19 I GG (Einzelfallgesetz, Zitiergebot)	171
§ 28. Die wichtigsten Gültigkeitsvoraussetzungen einer Rechtsverordnung	171
I. Einschlägige Ermächtigungsgrundlage	172
II. Formelle Voraussetzungen für den Erlass der Verordnung	173
III. Subsumtion unter die Ermächtigungsgrundlage	173
IV. Gültigkeit der gesetzlichen Ermächtigung	174
1. Art. 80 I 2 GG	174
2. Allgemeine Gültigkeitsvoraussetzungen eines Gesetzes	175
V. Gestaltungsfreiheit des Ordnungsgebers in den Grenzen höherrangigen Rechts	175
§ 29. Die wichtigsten Gültigkeitsvoraussetzungen einer Satzung	176
I. Gesetzliche Verleihung der Satzungsautonomie	176
II. Normsetzungsverfahren	177
1. „Äußeres“ Verfahren	177
2. „Inneres“ Verfahren, Abwägungsgebot in der Bauleitplanung	177
3. Rügefristen	178
4. Nachbesserung	178
III. Materielle Gültigkeitsvoraussetzungen der Satzung	178
1. Subsumtion unter die Verleihung	178
2. Kein Verstoß gegen höherrangiges Recht	179
6. Teil. Grundrechtsprüfung	181
§ 30. Allgemeines	181
§ 31. Verstöße gegen Freiheitsgrundrechte (Abwehrfunktion)	185
I. Einschlägiges Grundrecht	185
1. Thematischer Schutzbereich	185
2. Persönlicher Schutzbereich	186
3. Funktionaler Schutzbereich, Eingriff	186

II. (Geschriebener) Gesetzesvorbehalt	188
1. Gesetz im formellen Sinne	190
2. Gültigkeit des Gesetzes	190
3. Geschriebene Qualifizierungen des Gesetzesvorbehalts	191
4. Ungeschriebene Qualifizierungen des Gesetzesvorbehalts	191
5. Art. 19 II GG (Wesensgehaltsgarantie)	194
III. Ungeschriebene Grundrechtsbegrenzungen	196
1. Grundrechtsinterne Ausgestaltungsbefugnis des Gesetzgebers	197
2. (Externe) verfassungsimmanente Grundrechtsschranken	197
IV. Objektivrechtliche Verstärkungen des Grundrechtsschutzes	199
§ 32. Verstöße gegen Gleichheitsgrundrechte	202
I. Allgemeiner Gleichheitsgrundsatz (Art. 3 I GG)	202
1. Dogmatisches	202
2. Gleichheitsprüfung in der Fallbearbeitung	205
II. Spezielle Gleichheitsregelungen	206
III. Insbesondere: Gleichberechtigung von Mann und Frau	207
§ 33. Prozessuales zum Grundrechtsschutz	209
I. Geltendmachung von Grundrechtsverletzungen im „normalen“ Rechtsweg	209
II. Verfassungsbeschwerde als außerordentlicher Rechtsbehelf	209
III. Zulässigkeit einer Verfassungsbeschwerde	210
1. Gegenstand	210
2. Geltendmachung einer eigenen Grundrechtsbeeinträchtigung	211
3. Gegenwärtige und unmittelbare Beeinträchtigung	211
4. Subsidiarität der Verfassungsbeschwerde	212
5. Rechtsschutzbedürfnis, Zeitablauf	214
6. Frist und Begründung	214
7. Einstweilige Anordnung des BVerfG	214
IV. Annahmeverfahren	215
V. Begründetheit der Verfassungsbeschwerde	215
§ 34. Grundrechtliche Ansprüche auf Schutz, Teilhabe und staatliche Leistung? ..	216
I. Ansprüche aus Freiheitsgrundrechten	217
1. Schutzanspruch aus Art. 1 I 2 GG	217
2. Konstruktion über die objektivrechtliche Seite der Grundrechte	217
3. Sozialstaatliche Neuinterpretation der Grundrechte	218
II. Ansprüche aus dem Gleichheitsgrundsatz	219
III. Anspruchsschranken	220
§ 35. Besonderheiten bei wichtigen Einzelgrundrechten	221
I. Art. 12 I GG	221
1. Schutzbereich des Art. 12 I GG	221
2. Berufswahl oder Berufsausübung?	223
3. Regelung der Berufsausübung	223
4. Eingriff in die Berufswahl und Wirkungsweise der „Dreistufentheorie“ ..	224
II. Art. 14 GG	226
1. Art. 14 GG als einschlägiges Grundrecht	228
2. Inhaltsbestimmung oder Enteignung?	229
3. Verfassungsmäßigkeit einer Inhaltsbestimmung nach Art. 14 I 2 GG	231
4. Verfassungsmäßigkeit einer Enteignung iSd Art. 14 III GG	233
7. Teil. Streitigkeiten zwischen Privaten mit öffentlichrechtlicher Überlagerung	235
§ 36. Zivilrechtliche Einkleidung	235

§ 37. Sonderproblem „Drittwirkung der Grundrechte“	236
I. Stand der Dogmatik	236
II. Gedankenführung in der Fallbearbeitung	237
III. Eingeschränkte Überprüfungscompetenz des Bundesverfassungsgerichts ..	238
8. Teil. Recht der politischen Parteien	241
§ 38. Verfassungsrechtlicher Grundstatus	241
§ 39. Rechtsstellung der Parteien in ihrem Verhältnis zum Staat	241
I. Freiheitsstatus, Parteienprivileg	241
II. Gleichheitsstatus, Chancengleichheit	244
III. Trennung von Partei- und Regierungsamt	245
IV. Prozessuales	246
§ 40. Streitigkeiten innerhalb politischer Parteien	246
I. Materiellrechtlicher Einstieg	247
II. Verfassungsrechtliche Überlagerungen	247
III. Prozessuales	248
9. Teil. Weitere Fälle aus dem Staatsrecht (insbesondere organisatorischer Bereich)	251
§ 41. Allgemeines	251
I. Aufgabenstellung, Bedeutung der tragenden Verfassungsprinzipien, Staatszielbestimmungen	251
II. Bearbeitungshinweise	253
1. Suche nach einer positivrechtlichen Regelung	253
2. Auslegungsschwierigkeiten und Verfassungslücken	254
3. Kategorien der Allgemeinen Staatslehre als Argumentationshilfe?	254
§ 42. Zusammensetzung und interne Probleme der Staatsgewalten	255
I. Parlament	255
1. Wahlen	255
2. Rechtsstellung der Abgeordneten, Fraktionen	258
3. Geschäftsordnungsautonomie des Parlaments	260
4. Parlamentsausschüsse, Untersuchungsausschüsse	261
5. Prozessuales	262
II. Regierung	263
1. Wahl des Bundeskanzlers	263
2. Zuständigkeitsverteilung innerhalb der Regierung (monokratisches Prinzip, Kollegialprinzip, Ressortprinzip)	263
III. Verwaltung	264
1. Träger der Verwaltung	265
2. Gliederung der Verwaltung	265
3. Hierarchisches Prinzip	266
4. Organisationsgewalt	267
IV. Rechtsprechung	268
1. Rechtsprechung oder Verwaltung?	268
2. Grundgesetzliche Anforderungen an ein Gericht	269
§ 43. Gewaltenteilung und Gewaltenverzahnung	269
I. Prozessuales	269
II. Das parlamentarische Regierungssystem	270
III. Die Bindung der Exekutive an das Gesetz, „Verwerfungskompetenz“?	270

IV. Konflikte mit dem Bundespräsidenten	271
1. Fallmaterial	271
2. Insbesondere: Prüfungsrechte des Bundespräsidenten	272
§ 44. Das Verhältnis von Bund und Ländern	273
I. Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen	273
1. Überprüfungsprogramm für Bundesgesetze	273
2. Überprüfungsprogramm für Landesgesetze	275
3. Föderalismusreform 2006 und Fortgeltung überkommener Gesetze	276
II. Der Bundesrat im Gesetzgebungsverfahren	277
III. Die föderale Verteilung der Verwaltungskompetenzen	278
IV. Bundesaufsicht bei der Ausführung von Bundesgesetzen	280
1. Rechtsaufsicht	280
2. Fachaufsicht mit Weisungsmöglichkeiten	280
3. Aufsichtszuständigkeiten und Aufsichtsmittel	280
V. Bundesfreundliches Verhalten im Gleichordnungsverhältnis	281
VI. Prozessuales	281
VII. Föderale Finanzverfassung	282
1. Verteilung des Steueraufkommens	282
2. Gesetzgebungskompetenz für Steuern	283
3. Steuerverwaltung	283
10. Teil. Vertragliche Außenbeziehungen von Bund und Ländern	285
§ 45. Staatsrechtliche Voraussetzungen völkerrechtlicher Verträge	285
I. Grundsätzliches	285
II. Zuständigkeit des Bundes (Art. 32 GG)	286
III. Mitwirkung von Bundesorganen, Zustimmungsgesetz (Art. 59 II GG)	286
§ 46. Staatsverträge und Verwaltungsabkommen im Bundesstaat, gemeinsame Ländereinrichtungen	288
I. Beteiligte	288
II. Staatsverträge und Verwaltungsabkommen	289
III. Staatsinterne Abschlussvoraussetzungen	289
IV. Zulässigkeit = Gültigkeit einer Vereinbarung	290
V. Prozessuales	290
VI. Gemeinsame Ländereinrichtungen	291
11. Teil. Europäisches Unionsrecht im Pflichtfachbereich	293
§ 47. Ausbildungsrelevanz	293
§ 48. Grundsätzliches und Institutionelles	293
I. Die Europäische Union nach dem Vertrag von Lissabon	293
II. Rechtsnatur und Aufgaben der EU	296
III. Die Organe der Europäischen Union	297
IV. Das Unionsrecht in seiner Wirkung für Unionsbürger	299
1. Rechtsquellen	299
2. Anwendungsvorrang von unmittelbar anwendbarem Unionsrecht	300
3. Begründung von Rechten durch Unionsrecht	302
4. Sonderfall: Unmittelbare Wirkung von Richtlinien	303
§ 49. Entstehung und Ausführung von Unionsrecht	305
I. Erlass von Sekundärrecht	305
1. System der begrenzten Einzelermächtigung und Subsidiarität	305
2. Rechtsetzungsverfahren	306

II. Vollzug von Unionsrecht durch Verwaltungsbehörden	307
1. Direkter und indirekter Vollzug	308
2. Der mitgliedstaatliche (indirekte) Vollzug	308
III. Staatshaftungsanspruch bei Verletzung von Unionsrecht	311
§ 50. (Weitere) Rechte der Unionsbürger	312
I. Bindungen der Unionsorgane an Grundrechte	312
1. Bindung an die Europäischen Grundrechte	313
2. Bedeutung der Grundrechte des Grundgesetzes	314
II. Bindungen der Mitgliedstaaten an Grundrechte	315
III. Bindungen der Bundesrepublik an die Grundfreiheiten	315
§ 51. Prozessuales	322
I. Kontrolle der Unionsorgane	322
1. Nichtigkeitsklage	322
2. Untätigkeitsklage	324
3. Grundrechtsschutz vor dem EGMR	324
II. Kontrolle der Mitgliedstaaten	324
1. Vertragsverletzungsverfahren	324
2. Rechtsschutz vor den nationalen Gerichten	325
III. Das Vorabentscheidungsverfahren	325
12. Teil. Die kommunalen Gebietskörperschaften	327
§ 52. Allgemeiner Überblick	327
I. Ausbildungsrelevanz	327
II. Die verschiedenen kommunalen Körperschaften	327
III. Gemeinden und Kreise	328
IV. Binnenorganisation	328
1. Die Organe	328
2. „Gewaltenteilung“	329
V. Selbstverwaltung und Fremdverwaltung	330
§ 53. Kommunale Selbstverwaltungsgarantie und Gesetzgeber	331
I. Institutionelle Garantie – subjektive Rechte	332
II. Ausgestaltung der institutionellen Garantie durch den Gesetzgeber	332
III. Einzeleingriffe in die Selbstverwaltungsautonomie	334
§ 54. Kommunalverfassungsstreitigkeiten	334
I. Prozessuales, „Insichprozess“	335
II. Materieilrechtliches	336
§ 55. Aufsichtsprobleme	336
I. Prozessuales, „Aufsichtsklage“	337
II. Rechtmäßigkeit des aufsichtsbehördlichen Eingreifens	338
1. Rechtsaufsicht (Kommunalaufsicht)	338
2. Fachaufsicht	338
III. Aufsichtsmittel	339
1. Rechtsaufsicht (Kommunalaufsicht)	339
2. Fachaufsicht	339
13. Teil. Methodik der Fallbearbeitung	341
§ 56. Allgemeine Hinweise	341
I. Vier „Stationen“ der Fallbearbeitung	341
II. Klausur und Hausarbeit	341

§ 57. Das Erfassen der Aufgabe	342
I. Erfassen des Wortlauts	342
II. Eindringen in den Sachverhalt	343
III. Herausarbeiten der Fragestellung	343
IV. Versteckte Fehlerquellen	346
§ 58. Das Hintasten zur Lösung	346
I. Der Sachverhalt als Ausgangspunkt	346
II. Die Gedankenfolge	348
III. Problemaufspaltung	349
IV. Das Eindringen in die Rechtsfragen	349
V. Lücken und Unklarheiten im Sachverhalt	351
§ 59. Planung der Darstellung	352
I. Stoffauswahl und Schwerpunktbildung	352
II. Aufbau	355
III. Hilfgutachten?	355
§ 60. Niederschrift	356
I. Den Leser führen	357
II. Kein Abgleiten in Routine ohne Inhalt	357
III. Kein übertriebener „Gutachtenstil“	357
IV. Subsumtionen, Begründungen und Zitate	358
V. Erörterung von Streitfragen	358
VI. Reflektion bei der Niederschrift	359
Anhang: Formalien einer wissenschaftlichen Arbeit	361
Sachverzeichnis	365